

## Stadt Waldenbuch, Kreis Böblingen

| Datum      | Aktenzeichen | Bearbeitung                                          | Gremium          | Sitzungsart | Vorlagen-Nr. |
|------------|--------------|------------------------------------------------------|------------------|-------------|--------------|
| 06.11.2023 | 036.14       | Bürgermeister<br>Michael Lutz<br>Tel.: 07157 1293-10 | VA<br>14.11.2023 | öffentlich  | SV/219/2023  |

### **"Städte- und Gemeinden - Orte der Wirklichkeit"; - 50 Jahre Gemeindetag Baden-Württemberg - Kommunalpolitische Kundgebung mit Rede von Herrn Präsident Steffen Jäger am 26. Oktober 2023**

#### **Anlagen**

Rede von Herrn Präsident Steffen Jäger am 26.10.2023

#### **I. Beschlussvorschlag**

**Die Mitglieder im Verwaltungsausschuss nehmen die Zustandsbewertung und Darstellung des Gemeindetags Baden-Württemberg zur Kenntnis.**

#### **II. Vorberatung**

#### **III.**

☒ = ohne Vorberatung

☐ = Vorberatung im VA

☐ = Vorberatung im TA

#### **IV. Finanzielle Auswirkungen**

☒ keine finanziellen Auswirkungen

#### **V. Sachverhalt**

Im Zuge der Haushaltseinbringung am 26. September 2023 erhielt der Antrag der CDU-Fraktion, das Haushaltsverfahren zu verkürzen und bereits am 28. November 2023 in Satzungsbeschluss zum Doppelhaushalt 2024/25 mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu verabschieden, nicht die erforderliche Mehrheit.

Mit der Ausschreibung der Stelle des Bürgermeisteramts, voraussichtlich am 8. Dezember 2023, liegt damit potenziellen Interessenten kein beschlossener Doppelhaushalt vor. Am 18. Dezember 2023 plant deshalb die Stadtverwaltung die Verabschiedung des Haushalts. Mit einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde ist frühestens Ende Januar bzw. Anfang Februar 2024 zu rechnen. Dies hängt nunmehr auch von Änderungen und Anträgen ab, die bis zum 19. Dezember 2023 vom Gemeinderat beschlossen werden. Der Ergebnishaushalt 2024 hat nach dem Verlauf 23 ( - 1,7 Mio. EUR) eine Prognose mit – 0,53 Mio. EUR.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg stellte die kommunalpolitische Kundgebung unter das Motto „Städte und Gemeinden – Orte der Wirklichkeit“. In seiner Rede am 26. Oktober 2023 in Villingen-Schwenningen beleuchtete Herr Präsident Steffen Jäger mit folgenden acht Realitätschecks die

Situation vor Ort:

1. Aufnahme geflüchteter Menschen
2. Energiewende
3. Mobilitätswende
4. Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule
5. Flächenpolitik
6. Personal
7. Finanzen
8. Vertrauen

Auf Seite 8 thematisierte Präsident Jäger die Prognose, dass mehr als **die Hälfte der Kommunen für das Jahr 2024 keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können**.

Er warnte zudem vor der perspektivischen Erhöhung der Kreisumlage und er verdeutlichte, dass die Politik eines nicht könne: „**Sie kann nicht die Grundrechenarten überwinden!**“

In der Zwischenzeit bringen die Kommunen in der Zwischenzeit mehr **als 80 % der Daseinsvorsorgeleistungen**.

Die Entwicklung der kommunalen Haushalte zeigt, dass diese aufgrund folgender Entwicklungen immer mehr unter Druck geraten:

1. Die Phase der wachsenden Steuereinnahmen ist vorbei.
2. Die Preissteigerung schlägt genauso auf die kommunale Investitionsfähigkeit durch, wie die massiv gestiegenen Zinsen.

### **3. Die kommunalen Aufgaben wurden und werden immer mehr ausgeweitet.**

Beim **Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung** in der Grundschule ergibt sich eine einfache Rechnung: Der Bund gibt – im Endausbau wohlgemerkt – jährlich 1,3 Milliarden EURO an Betriebsmittelförderung. Nach Königsteiner Schlüssel fließen davon 169 Millionen EURO nach Baden-Württemberg. Wenn nun nur 50 Prozent – und das ist wohl eher eine zurückhaltende Annahme – der Grundschüler diesen Rechtsanspruch nutzen, dann ergeben sich **67 EURO pro Monat und Kind**.

### **Wie viel Bildung und Betreuung lassen sich mit 67 EURO im Monat bezahlen?**

Bei der Kundgebung betonte der Gemeindetagspräsident die **erreichte Aufgabenfülle**. Er verlangte angesichts der überfordernden Bürokratie und des Fachkräftemangels eine **Fokussierung auf wesentliche Dinge**. So verzweifelte er am § 2b Umsatzsteuer, der nun auch für Kommunen gilt: „Wir schaffen es nicht, das Ding aus der Welt zu kriegen.“ – In der jüngsten Sitzung beim Kulturwerk wurden diese Auswüchse auch beispielhaft durch den Vorsitzenden erläutert.

Bei der **Migrationspolitik** sei für viele Gemeinden, so Jäger, oft die Grenze des Machbaren überschritten. Die Energiewende könne nur mit einem technologieoffenen Ansatz gelingen, wenn man neben der Windkraft etwa auch die CO<sub>2</sub> Verpressung einbezieht.

Der ÖPNV werde nicht durch ein 49 EUR-Ticket, sondern durch mehr Mittel für den Netzausbau gefördert. Für die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen gäbe es zwar einen Rechtsanspruch, aber kein Förderprogramm. Zahlen zur Flächenversiegelungen seien mit Vorsicht zu genießen, und der Personalmangel müsse zur Verringerung des staatlichen Leistungsangebots führen. Stehende Ovationen der Anwesenden waren die Reaktion auf die Ausführungen.

### **Steuerschätzung: Kommunen mit Überschuss**

Die Kommunen können im Vergleich zur Oktobersteuerschätzung 2022 in diesem Jahr mit Mehreinnahmen von rund 887 Mio. EUR rechnen. Für das nächste Jahr werden Mehreinnahmen

von 554 Mio. EUR prognostiziert. Dies teilte das Finanzministerium jüngst mit. Wie sich die Lage auf den Waldenbacher Haushalt auswirkt, hängt wiederum im Einzelfall ab. Bei den Gewerbesteuereinnahmen könne mit Mehreinnahmen im Vergleich zur Maisteuerschätzung gerechnet werden. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bleibt hinter der Prognose von Mai 2023 zurück. Stadtkämmerer Sven Ehwald führt hierzu in der Verwaltungsausschusssitzung die aktuelle Entwicklung aus.

## **VI. Weitere Vorgehensweise**

Die Haushaltsplanberatungen müssen unter dem Aspekt der Aufgabenreduzierung, Kostenreduzierung und Ergebnisverbesserung geführt und weiterverfolgt werden. Das heißt Standards (wie z. B. brauchen wir drei Filialen der Stadtbücherei) müssen hinterfragt werden. Im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 sieht die Stadtverwaltung keine weiteren Handlungsspielräume. Perspektivisch müssen die Gewerbesteuereinnahmen nicht durch die Erhöhung des Hebesatzes gesteigert werden. Ein entsprechender Flächenverbrauch scheint unumgänglich. Dabei bietet sich auch die Chance, den Transformationsprozess der Wirtschaft zu unterstützen und aktiv zu begleiten. Hierzu zählt auch die Energiegewinnung vor Ort. Neben der Einnahmenerzielung ist dies bereits aktuell und künftig ein bedeutsames Standortkriterium. Alle Fraktionen müssen sich hierzu auch im Vorfeld der Kommunalwahl klar und eindeutig positionieren. Bei der kommunalpolitischen Kundgebung stellte Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Gelingen der Energiewende auch in den Fokus seiner Rede.

gez. Lutz  
Bürgermeister